

Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR, der BfA und der BA zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 01./02.10.2003

5. Öffnung aller Datenannahmestellen für die Entgegennahme von Meldungen für Krankenkassen anderer Kassenarten

---

- 316.65 -

Derzeit ist das Meldeverfahren zur Sozialversicherung so ausgerichtet, dass zumindest Meldungen für die Ersatzkassen von den Arbeitgebern nur gegenüber dem Verband der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) als Datenannahmestelle abgegeben werden können und diese Datenannahmestelle auch keine Meldungen für Mitglieder anderer Krankenkassenarten entgegen nimmt.

Um den Arbeitgebern in diesem Bereich Erleichterungen zu verschaffen, ist das Meldeverfahren ab 01.01.2004 so zu verändern, dass grundsätzlich alle Datenannahmestellen die Meldungen zur Sozialversicherung für alle Krankenkassenarten annehmen und an die zuständigen Annahmestellen weiterleiten. Damit wird erreicht, dass die Arbeitgeber ihre maschinell erzeugten Meldungen nur noch gegenüber einer Datenannahmestelle abzugeben brauchen.

Die Vertreter der Spitzenverbände der Krankenkassen vereinbaren, dass die in ihrem Bereich angesiedelten Datenannahmestellen ab 01.01.2004 die Meldungen zur Sozialversicherung für alle Krankenkassenarten annehmen und an die zuständigen Datenannahmestellen weiterleiten. Ausgenommen hiervon sind Meldungen für die Sonderverfahren der See-Krankenkasse und des knappschaftlichen Meldeverfahrens. Für diese Meldungen bleiben nach wie vor ausnahmslos die See-Krankenkasse bzw. die Bundesknappschaft die zuständigen Datenannahmestellen. Der Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen kann zunächst weiterhin nur für landwirtschaftliche Krankenkassen DEÜV-Meldungen annehmen.

Mit der Öffnung der Datenannahmestellen wird ein Wunsch der Arbeitgeber realisiert. Die Meldungen können jedoch auch nach wie vor direkt an die Datenannahmestellen der zuständigen Krankenkassen übertragen werden, was den Vorteil verkürzter Meldelaufzeiten

mit sich bringt, so dass eine Anpassung der von Arbeitgebern oder Steuerberatern eingesetzten Systemsoftware nicht erforderlich ist.